

Welche Gedanken bewegen Dich mit Blick auf den 75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus?

Vor fünf Jahren erhielt ich zum 8. Mai eine E-Mail aus Russland. Ein Freund, mit dem zusammen ich vor über 50 Jahren in Moskau studiert hatte, schrieb: „Wir haben den Krieg gewonnen und letztlich doch verloren. An unseren Grenzen steht die NATO. Fremde Truppen in der Nähe unserer Heimaterde, das sollte es nach den furchtbaren Erfahrungen des deutschen Überfalls vom 22. Juni 1941 nie wieder geben. Dafür starben Millionen meiner Landsleute. Siebzig Jahre danach wird Russland von Deutschland wieder bestraft, nicht mit einem Überfall, aber mit einem Wirtschaftskrieg und mit übler Hetze gegen mein Heimatland.“

So etwas geht mir unter die Haut. Inzwischen noch mehr als vor fünf Jahren. Ausgerechnet zum 75. Jahrestag des Sieges der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg wurde das NATO-Manöver Defender geplant, mehr noch: Bundesdeutsche Truppen bilden gar die „Sperrspitze“. Das ist eine gefährliche Provokation, für die die Bundesregierung verantwortlich ist. Die Russen haben aus ihrer Geschichte heraus ein gutes Gefühl dafür, wer ihrem Land Gutes will und wer es demütigt.

Gedenken wir demnach am 8. Mai nur des Schicksals der Deutschen und nicht der Opfer des Volkes, die am meisten unter dem deutschen Faschismus gelitten haben?

In der alten Bundesrepublik tat man sich sehr schwer, den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ anzuerkennen. Das veränderte sich erst schrittweise nach der inzwischen oft zitierten Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985. In der DDR wusste damals schon jedes Kind, welches Schicksal der Deutschen mit dem 8. Mai 1945 verbunden ist. Das unterschiedliche Geschichtsbild wirkt bis heute nach. Viele Ostdeutsche lehnen auch deshalb die in Deutschland stark verbreite Russophobie ab.

Was für Europa der „Tag der Befreiung“ am 8. Mai ist für die Russen der „Tag des Sieges“ am 9. Mai. Das Datum hängt kalendarisch zwar damit zusammen, dass die deutsche Kapitulation nach russischer Uhrzeit am 9. Mai unterzeichnet wurde. Inhaltlich aber ist es für die Völker der Sowjetunion das Ende des Großen Vaterländischen Krieges, der mit dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR begann. Ich bin während meines Studiums in Moskau in russischen Familien gewesen, wenn sie des 22. Juni gedacht haben. Ich weiß daher aus eigenem Erleben, was den Russen gesicherte Grenzen bedeuten. Deutschland sollte mindestens in diesem Punkt etwas mehr Demut zeigen. Worte wie

„Bestrafungen“ und „Sanktionen“ aus dem Munde deutscher Politiker an Russlands Adresse sind nicht nur geschichtsvergessen, sie sind eine Anmaßung gegenüber einem Volk, das für Deutschlands Freiheit vom Faschismus sein Herzblut gegeben hat.

Die Sowjetarmee hat den deutschen Faschismus zerschlagen, nicht aber die deutsche Nation. Schon allein diese Tatsache rechtfertigt, dass deutsche Regierungen den Beziehungen zu Russland eine Sonderstellung einräumen müssten. Ähnlich wie es die Bundesrepublik beispielsweise wegen des Holocaust mit Israel hält. Heute, da entsprechende Archive schon offen sind, ist auch dokumentarisch belegt, was die Bundesrepublik immer noch nicht wahrhaben will: Die UdSSR hatte kein strategisches Interesse an der deutschen Spaltung.

Hast Du noch persönliche Erinnerungen an den 8. Mai 1945?

In Erinnerung ist mir geblieben, dass die sowjetische Besatzungsmacht ein riesiges Plakat mit dem Bildnis Stalins kleben liess, auf dem geschrieben stand: « Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat bleiben.» Diese Worte werden nicht falsch, weil sie von Stalin stammen. Für mich sind es tiefgehende Gedanken über Deutschland. Gedanken eines Siegers über ein Deutschland am Ende des bis dahin fürchterlichsten Krieg aller Kriege, in dem die Sowjetunion durch deutsche Schuld 27 Millionen Menschen verloren hatte. Mir sagen sie bis heute, dass es der Sowjetunion nie um Rache, nicht um die Zerstückelung Deutschlands, nicht um die Unterjochung ging, sondern um ein einheitliches Deutschland ohne Nazis und als Friedensstaat im Zentrum Europas. In dieser Tradition steht auch die Russische Föderation.

Wie hast Du Deine ersten Begegnungen mit sowjetischen Soldaten erlebt?

Als ein Rotarmist am 30. April 1945 das rote Siegesbanner auf dem Deutschen Reichstag in Berlin gehisst hatte, war ich noch zu jung, um die politischen Zusammenhänge der Zeit verstehen zu können. Alt genug aber, um zu begreifen, wie gut, dass der Krieg zu Ende war. Mein späteres freundschaftliches Verhältnis zu sowjetischen Menschen beginnt unbewusst in den ersten Nachkriegsjahren. Ich lernte sowjetische Soldaten kennen, die anders waren als jene „barbarischen Untermenschen“, von denen die Nazipropaganda berichtet hatte. Einer von ihnen war unweit unserer Wohnung einquartiert. Offizier war er und Dolmetscher der Militärkommandantur. Jeden Abend, wenn er in sein Quartier zurückkam, brachte er mir etwas Essbares mit. Mal war es ein tiefschwarzes und feuchtes Soldatenbrot, mal etwas Würfelzucker und gelegentlich auch in Zeitungspapier eingewickelter Speck. Mittags schickte er mich zur Gulaschkanone der sowjetischen Einheit, die in

meiner Heimatstadt stationiert war. Dort erhielt ich ein Kochgeschirr voller Kascha oder auch Kohlsuppe. Russische Worte für Brot, Zucker, Speck, Kohlsuppe und Grütze habe ich damals gelernt und nie wieder vergessen.

An manchen Abenden sass der Russe auf den steinigen Stufen vor dem Haus und drehte sich aus Zeitungspapier und Tabak eine Zigarette. Einmal summt er eine Melodie so vor sich hin, die ich noch nie gehört hatte. „Sing mit“, forderte er mich auf. „Das kann ich nicht“, antwortete ich. Er rief, als müsste ich mich dafür schämen: „Das ist doch das ‚Heideröslein‘ von Goethe!“ „Heideröslein“ und „Goethe“, diese Worte hörte ich das erste Mal. Nicht von einem Deutschen, von einem Russen in sowjetischer Uniform. Ich weiss, es gibt auch Deutsche, die nicht so gute Erinnerungen haben. Nicht rechtfertigend, aber erklärend führe ich ihnen gegenüber an: Die Rote Armee kam nicht aus eigenem Antrieb nach Deutschland. Hitlers Krieg hatte sie dazu gezwungen. Angesichts der Verbrechen der deutschen Wehrmacht waren Sowjetsoldaten natürlich verzweifelt über das Schicksal ihrer Eltern, Kinder, Verwandten und Freunde, über die Zerstörung ihrer Heimat. Mein politisches Leben war immer untrennbar mit sowjetischen Menschen verbunden, wandelte sich zwar allmählich von einem idealisierten Sowjetunionbild, das wir jahrelang pflegten, zu einem weitgehend realistischen, jedoch immer verbunden mit der Überzeugung, ohne Sowjetunion hätte es die DDR nicht gegeben, ohne Russland wird es auch heute und in Zukunft in Europa keinen Frieden geben.

Was hat Dich veranlasst, bei der letzten Vorstellung Deines Buches „Wir und die Russen“ in Rostock nicht aus dem Buch vorzulesen, sondern einen anderen Text vorzutragen, nämlich den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945?

Zusammen mit dem Schwur von Buchenwald war dieser Aufruf für mich seit Kindesjahren das Fundament, auf dem mein späteres inniges Verhältnis zur Sowjetunion und auch zur DDR wuchs. Die Debatten darüber haben mir meine antifaschistische Grundhaltung „verordnet“. Sie haben mir eine klare Vorstellung vom Wesen des Faschismus und seinen Ursachen gegeben. Ich erinnere mich beispielsweise, welche Streitgespräche damals der Satz ausgelöst hatte: „Schuld am Krieg sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens“. Aktuell fällt mir immer wieder auf, dass dieser Gedanke wohl bis heute bei Politikern, die in der Bonner Republik groß geworden sind, nicht verinnerlicht ist. Wenn sie beispielsweise über Auschwitz reden, kommt ihnen der Begriff „IG Farben“ in der Regel nicht über die Lippen. Das liegt wohl daran, dass in der alten Bundesrepublik die wirklichen Wurzeln des deutschen Faschismus nie richtig freigelegt wurden.

In der Ostzone und später in der DDR wurden die Auseinandersetzungen über das Wesen des Faschismus, über Kriegsschuld, Naziverbrechen, Ursachen der Naziherrschaft, Antisowjetismus, Antikommunismus und sein Entstehen sowie die Schritte zur Überwindung der Naziherrschaft grundsätzlicher und konsequenter geführt. Das wird zwar heutzutage mit dem Geschwätz vom „verordneten Antifaschismus“ denunziert.

Klar: 1945 war Deutschland weder in Ost noch in West nazifrei. Der Antifaschismus bedurfte der Verordnung durch die Siegermächte. Die KPdSU half den deutschen Kommunisten, diese Aufgabe frühzeitig anzupacken. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 ist ein markantes geschichtliches Zeugnis dafür. Er enthält zudem viele Punkte, die brandaktuell sind. Beispielsweise das notwendige Bündnis aller Demokraten gegen Nazis. Deshalb habe ich ihn aus dem geschichtlichen Unterbewusstsein in die aktuelle Diskussion zurückgeholt.

Welches Beispiel für die geschichtliche Aktualität fällt Dir konkret ein?

Im Aufruf heißt es, „dass sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte“. Im politischen Tagesgeschehen von heute finden wir viele Parallelen. Die CDU und FDP sind eher bereit mit der AfD zusammen zu arbeiten als sich mit links gegen die Nazis zu verbünden.

Du hast in Deiner Rostocker Rede auch an die deutsche Nachkriegsgeschichte und die Teilung Deutschlands erinnert.

Ja, wer heute über die Geschichte der DDR und ihr Verhältnis zur Sowjetunion urteilen will, darf nicht an der Frage vorbei gehen, wer Deutschland wirklich gespalten hat. Als die DDR am 7. Oktober 1949 gegründet wurde, war Deutschland längst gespalten. Die Entstehung der DDR war die Antwort auf die Gründung der Bundesrepublik wie auch die Schaffung des Warschauer Vertrages 1955 eine Reaktion auf die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO war. Hauptschuldige waren jene, denen ein „halbes Deutschland ganz lieber war als ein ganzes Deutschland halb.“ Mein Urteil: Wäre der Weg gegangen worden, der im Aufruf vom 11. Juni 1945 vorgezeichnet war, wäre Deutschland viel Leid erspart geblieben.

Wie meinst Du das?

Lass mich dazu wiederum aus dem Aufruf zitieren. Danach mag jeder Leser selbst urteilen: „Wir sind der Auffassung“, heißt es, „dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Dieser Weg wurde letztmalig im März 1952 versperrt, nachdem die Westmächte in Übereinstimmung mit Bonn die Stalin - Note zur Herstellung der deutschen Einheit abgelehnt hatten. Bundeskanzler Adenauer prahlte: „Vergessen Sie nie, dass ich der einzige Regierungschef bin, der die Einheit Europas der Einheit seines Vaterlandes vorzieht.“ Und auch das sagte er: "Was östlich von Werra und Elbe liegt sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung ist die Parole."¹ Obwohl sich das bundesdeutsche Denken über die DDR in den siebziger und achtziger Jahren gewandelt hatte, ist man seit 1990 offiziell zur abwegigen DDR-Beurteilung aus den fünfziger Jahren zurückgekehrt.

In diesem Sinne kann Dein Buch „Wir und die Russen“ auch als ein Beitrag zur Geschichte der DDR verstanden werden?

So ist es. Aus meiner Sicht ein Gegenstück zu den Unwahrheiten über die DDR, die nach 30 Jahren immer noch versprüht werden. Deren Ziel ist durchsichtig: Die alte Bundesrepublik wird als einzigartige Erfolgsgeschichte geschönt und die DDR als furchterregender Kriminalfall der Geschichte denunziert.

Die damit vermittelte Botschaft lautet: Nie wieder Sozialismus! Niemals linke Politik! Es ist doch ein Märchen, den Ostdeutschen zu versprechen, ihren Lebensleistungen mehr Respekt zu zollen und gleichzeitig den Staat, der viele dieser Leistungen überhaupt erst ermöglicht hat, als Unrechtsregime zu brandmarken.

¹ Konrad Adenauer, "Rheinischen Merkur" vom 20. Juli 1952.

Der Hass auf links – selbst wenn sich einige linke Politiker von der DDR distanzieren - der Hass auf alles Linke ist stärker als die Einsicht zur Kooperation gegen die Gefahr des Faschismus.

Bleibt der Antikommunismus auch die Grundtorheit des 21. Jahrhunderts?

Ja, schaut man auf die Konjunktur, die so geschichtsverfälschende Wortpaare haben wie Sozialismus und Faschismus seien Zwillinge, Hitler und Stalin Brüder im Geiste, DDR und Drittes Reich gleichrangige Diktaturen. Aktuell führt das zur abstrusen Politik: Gleiche Distanz zur AfD und zu den LINKEN.

Man hat sich offensichtlich inzwischen endgültig auf den Begriff „Nationalsozialismus“ statt „deutscher Faschismus“ festgelegt, also auf jenen Begriff, den die Faschisten für sich selbst nutzten, während der Sozialismus des 20. Jahrhunderts fremdbestimmt mit dem Gummibegriff „Stalinismus“ bezeichnet wird. Nun war der „Nationalsozialismus“ aber weder „national“ noch war er „sozialistisch“. Er war einmalig verbrecherisch.

Man kann mit diesem Begriff aber ein für die Geschichtsfälschung passendes Wortpaar konstruieren: „Realsozialismus und „Nationalsozialismus“ und stellt so beide wie Geschwister auf eine Stufe wie auch STASi und Gestapo. Während sich die Kämpfer gegen den Faschismus in aller Welt zurecht **nicht** als „Anti – Nationalsozialisten“ bezeichnen, sondern korrekt als Antifaschisten, scheinen solche Zusammenhänge in deutschen Amtstuben keine Rolle zu spielen. Ich will ja nicht sagen, dass die Beamten des Finanzamtes für Körperschaften des Landes Berlin solche Zusammenhänge kennen, aber feststeht doch: Ihre Entscheidung, der VVN -BdA die Allgemeinnützlichkeitsbescheinigung zu entziehen, passt in dieses Geschichtsbild.

Ein anderes Thema: Der Bundespräsident sagte am 9. Oktober des vergangenen Jahres in Leipzig, es hätte 1989 auch alles anders kommen können, wenn im Kreml nicht Gorbatschow gesessen und die DDR-Führung zur Zurückhaltung aufgefordert hätte. Bitte Deine Einschätzung als Zeitzeuge.

Ich weiß nicht, woher der Bundespräsident das wissen will.

Seine Aussage unterstellt, dass die DDR - Führung entschlossen gewesen sei, Gewalt einzusetzen. Ich kann aus eigenem Wissen bezeugen, dass seit dem 8. Oktober 1989 zu keiner Zeit erwogen wurde, in Leipzig und anderswo zu schießen oder gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen. Aus diesem Grunde war eine Ermahnung von Gorbatschow auch nicht nötig. Ein Telefonat mit diesem Inhalt ist mir so wenig bekannt wie etwa eine schriftliche oder mündliche Botschaft, die uns Moskau direkt oder indirekt über den sowjetischen Botschafter übermittelt habe. Im Gegenteil: Gorbatschow selbst hat den Beitrag der DDR gelobt, der dazu geführt

habe, „mögliches Auslösen militärischer Aktionen mit weitreichenden Folgen auf deutschem Territorium zu verhindern».

Die DDR - Führung hat die Militärführung der in der DDR stationierten sowjetischen Einheiten (etwa eine halbe Million Mann) ersucht, von der Abhaltung der üblichen Herbstmanöver Abstand zu nehmen. „Bleibt in den Kasernen“, appellierten wir eindringlich an Wünsdorf. In dieser Situation hätten selbst normale Truppenbewegungen zu Irritationen und falschen Schlüssen führen können. Die historische Wahrheit lautet: Gorbatschow hat weder explizit noch implizit die SED-Führung zur Zurückhaltung ermahnt. Dies war auch nicht nötig. Die Entscheidung zur Gewaltlosigkeit im Herbst 1989 wurde allein in Berlin, also von der DDR-Führung, im vollen Bewusstsein der Verantwortung getroffen. Es spricht für das Verantwortungsgefühl der Nationalen Volksarmee, der Ministerien für Staatssicherheit und für Inneres sowie aller bewaffneten Kräfte der DDR, dass sie die Gewaltlosigkeit im Herbst 89 gewährleistet haben.

Lass uns zum Schluss noch einmal auf den Antikommunismus zurückkommen. Ich denke dabei an die am 18. September 2019 beschlossene Resolution des Europaparlaments zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas.

Totalitärer geht es nicht. Sie machen das, was sie uns immer vorwerfen, fällen ein politisches Urteil über die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Ein politisches Gremium beschließt mit Mehrheit, wie die Geschichte verlaufen sein soll, nicht, wie sie tatsächlich verlaufen ist. Es zählen nicht Fakten, sondern Verdächtigungen. Was in dem Dokument steht, hat mit der Zukunft Europas überhaupt nichts zu tun, sondern schafft neue Konflikte, vor allem mit Russland. Geschichte wird faktisch als Waffe des Antikommunismus benutzt, um beispielsweise den Verlauf des Zweiten Weltkrieg zu verfälschen, um die Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung des Faschismus zu negieren, um faschistische Verbrechen zu relativieren und Täter und Opfer auf eine Stufe zu stellen. Nach dieser Geschichtsdeutung gilt nicht mehr das faschistische Deutschland als einziger Schuldiger des Zweiten Weltkrieges, sondern wie es wörtlich heißt „die kommunistische Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutsche Reich.“ Sogar in dieser Reihenfolge.

Nicht etwa der Tag des Kriegsausbruchs oder der Tag der Befreiung sollen Gedenktage sein, sondern der 23. August. Jener Tag, an dem der sogenannte „Hitler – Stalin - “ oder auch „Molotow – Ribbentrop – Pakt“ abgeschlossen wurde. So nennen die Geschichtsfälscher den Vertrag. Tatsächlich heißt er: „Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen

Sowjetrepubliken“. Man kann über ihn unterschiedlicher Meinung sein. Auch deutsche Kommunisten waren bei seinem Abschluss irritiert. Das beantwortet aber noch lange nicht die Frage, warum die Westmächte alle Initiativen der Sowjetunion zu einem europäischen Sicherheitssystem gegen das faschistische Deutschland abgelehnt hatten. Auch nicht die Frage, warum Polen, das mit England und Frankreich zwei starke Verbündete hatte, im Jahre 1934 einen Nichtangriffspakt mit Nazideutschland (Pakt „Hitler – Pilsudski“, d. V.) abschließen durfte, aber die Sowjetunion, die weit schlechtere Voraussetzungen besaß, im Jahre 1939 nicht? Auch nicht, warum England und Frankreich im Jahre 1938 eine gemeinsame Nichtangriffs-Erklärung mit dem faschistischen Deutschland abschließen durfte, die Sowjetunion jedoch nicht? Alles richtet sich nur gegen Russland und das ist niederträchtig.

Was sind die Hintergründe für diese aggressive Russophobie?

Es ist das alte Lied: *Schuld an allem ist der Russe*. Das ist eine offene Aufforderung zum Regimewechsel. Man möchte den Maidan aus Kiew auf den Roten Platz in Moskau verlegen. Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Wer es mitmacht, verstößt gegen nationale Interessen der Deutschen.

In einem bundesdeutschen Weißbuch über ihre Sicherheitspolitik wird behauptet, Russland sei für Deutschland kein Partner mehr, weil es angeblich die europäische Friedensordnung in Frage stelle. Was ist Russland dann? Etwa ein Feind? Das ist dann wirklich der Gipfel der Tatsachenverdrehung. So wird Russland weiter provoziert. So sind Spannungen vorprogrammiert. Es steht die Frage im Raum: Wohin soll das noch führen? Der Sozialismus – wie immer man in verschiedenen politischen Lagern ihn auch nennen mag: ob Früh- oder Staatssozialismus, ob sowjetisch geprägter, realexistierender oder sogenannter – war weltgeschichtlich bisher die einzige reale Gegenmacht zum Imperialismus. Es gibt manch Kritisches über ihn zu sagen. Doch: Was wäre wohl aus Europa und der Welt geworden, wenn die Sowjetunion dem deutschen Faschismus nicht den entscheidenden Schlag versetzt hätte? Ohne den Sozialismus hätte es möglicherweise nicht nur einen Kalten, sondern längst einen heißen Weltkrieg gegeben.

Unter dem frischen Eindruck der Herbstereignisse 1989 fragte ich mich nach dem 3. Oktober 1990 auch: Werden nun neue Mauern errichtet? Mauern gegenüber linken Andersdenkenden? Mauern gegenüber jenen Werten, die aus der DDR in den Prozess der deutschen Vereinigung eingebracht werden könnten? Mauern zwischen den Deutschen und ihren Nachbarvölkern, dessen Sicherheitsbedürfnisse zu respektieren sind?

Wenn ich mir diese Fragen dreißig Jahren später beantworte, komme ich zu keiner anderen Erkenntnis als jener: Die Mauer in Berlin ist weg. Sie wurde nach Osten verschoben, besteht nicht mehr zwischen NATO und Warschauer Vertrag, sondern zwischen der NATO und Russland.

Das war nicht die Wende, die 1989 auf den Straßen der DDR gefordert wurde. Inzwischen sollte es endlich heißen: Ohne Russland kann es keine europäische Friedensordnung geben. Aus der deutschen Politik muss die Russophobie verbannt werden. Deutsche Politiker müssen gegenüber Russland einen anderen Ton anschlagen, der Freundschaft und Zusammenarbeit, nicht „Sanktionen“ und „Bestrafungen“ fördert. Eine solche Politik würde den Lehren der Geschichte und den historischen Erfahrungen der Beziehungen zwischen Russen und Deutschen gerecht werden.